

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Kleinsp.  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 R. 20 Pf. (incl.  
2 illust. Beilagen) in der  
Expedition, bei unsern Pos-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

**N<sup>o</sup> 49.**

**Sonnabend, den 25. April**

**1896.**

### Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Der am vergangenen Sonnabend zum vierten Male erfolgten Wahl Dr. Lueger's zum Bürgermeister von Wien soll, wie gemeldet wird, auch diesmal die Bestätigung versagt worden sein. Der Kaiser von Oesterreich konnte neben anderen Gründen auch darum die Wahl nicht bestätigen, weil der Politiker Lueger ein geschworener Feind der Magyaren ist und weil man diese in Wien jetzt warm halten muß wegen der Ausgleichsverhandlungen. Diese nehmen einen so schleppenden Verlauf wie seine beiden Vorgänger. Der Verkehr zwischen den Ministern der diesseitigen und denen der jenseitigen Reichshälfte läßt allerdings an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. Bald sind die österreichischen Minister mit ihren Referenten in Budapest zu Gast, bald treffen die maßgebenden Persönlichkeiten der ungarischen Regierung in Wien ein, um die Schwierigkeiten abzurufen, welche sich gleich von Anfang an gezeigt haben, und die trotzdem eher wachsen als schwinden.

In erster Reihe ist es natürlich die Frage der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben, welche die Verständigung in hohem Grade erschwert. Man hat es in Oesterreich längst als eine große Unbilligkeit empfunden, daß die Aufteilung der gemeinsamen Ausgaben in dem ungerechtfertigten Verhältnis von 70 zu 30 erfolgt ist. Ungarn ist in dem Jahrzehnt, welches seit dem Abschluß des letzten Ausgleiches verstrichen ist, ökonomisch enorm gewachsen, und darf seit vielen Jahren nicht mehr als ausschließlicher Ackerbaustaat angesehen werden; denn es hat auch in industrieller Beziehung, allerdings gar sehr auf Kosten der andern Reichshälfte, bedeutende Erfolge errungen, welche nur durch die weitgehenden Begünstigungen möglich waren, welche die ungarische Regierung den Unternehmern eingeräumt hat. Man kann es dem finanziell so mächtig gewordenen Staate nicht verdenken, daß er, da seine Industrie früher nur kümmerlich vegetierte, nach dieser Richtung zur Selbsthilfe schritt, aber das hätte auf vertragsmäßiger Grundlage geschehen müssen. In Ungarn hat man jedoch, und das wird von den österreichischen Industriellen mit allem Nachdruck immer wieder hervorgehoben, die österreichischen Industriellen vom Wettbewerb in Ungarn nahezu ausgeschlossen und durch volkswirtschaftlich kaum zu rechtfertigende Begünstigungen eisenbahntariflicher Natur die Ausfuhr der ungarischen Erzeugnisse gegenüber derjenigen der österreichischen wesentlich gesteigert.

Trotzdem jögert Ungarn, jetzt etwas tiefer als bisher in den Beutel zu fassen, um die beiden Reichshälften gemeinsamen Ausgaben aufzubringen. Es will nur 31,1 Prozent, wie bisher, zu den gemeinsamen Ausgaben beisteuern, während die österreichische Quotenrepräsentation auf Grund ebenso eingehender als gewissenhaft aufgestellter Berechnungen die Forderung erhebt, daß die ungarische Quote auf 43,10 erhöht werde. In dem Geldebetrage ausgedrückt, der hierbei in Frage kommt, bedeutet die Differenz zwischen dem Vorschlage der österreichischen Quotenrepräsentation und dem, was die ungarische gewähren will, 12,7 Mill. Gulden.

Die Wahrscheinlichkeit, daß vorerst ein Ausgleich nicht vereinbart und ein einjähriges Provisorium geschaffen werden wird, rückt immer näher und zwar nicht allein wegen der Schwierigkeit, die Vermittler rechtzeitig hinwegzuräumen, sondern auch im Hinblick darauf, daß die beiden Parlamente, das ungarische sowohl als auch das österreichische, im nächsten Frühjahr — wenn die Auflösung nicht früher erfolgen sollte — ihre Legislaturperiode beendigen und Neuwahlen vorgenommen werden. Es dürfte vermuthlich dazu kommen, daß dem Monarchen die endgültige Festsetzung der Quote, wie dies nach dem Gesetz vorgesehen ist, überlassen werden wird. Solch ein Schiedspruch läßt aber bei dem Theile, der dabei zu kurz zu kommen glaubt, Bitterkeit zurück und es ist zu befürchten, daß, wenn Kaiser Franz Joseph eine Mittelschlichtung bestimmt, sich beide Reichshälften gleich beschwert fühlen.

Auf der Einigkeit zwischen Oesterreich und Ungarn allein beruht die Großmachtstellung der habsburgischen Monarchie. Ungarn wird um seiner eigenen Existenz willen diese Einigkeit nicht untergraben wollen und darum dürfte weder diesseits noch jenseits der Leitha in der Ausgleichsfrage schon das letzte Wort gesprochen sein.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Es war die Idee aufgetaucht, den Reichstag bereits vor Pfingsten vertagen zu lassen, da die Durchberatung des Bürgerlichen Gesetzbuches sich als eine Unmöglichkeit herausstellte. Die Vertagung erscheint als der beste Ausweg, um die Kommissionsarbeit zu retten. Weber in

Regierungskreisen noch in maßgebenden Reichstagskreisen besteht aber diese Absicht. Auf alle Fälle wird man versuchen, ehe man sich überhaupt zur Vertagung entschließt, nach Pfingsten die Tagung fruchtbar zu gestalten.

— Berlin, 23. April. Anläßlich des Geburtstags Sr. Maj. des Königs von Sachsen schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Auch diesmal hat Se. Maj. der Kaiser es sich nicht nehmen lassen, dem erlauchtem Bundesgenossen seine Glückwünsche an der Schwelle des neuen Lebensabschnitts persönlich auszusprechen. Legt schon dieser Umstand Zeugnis für die engen Bande der herzlichsten Freundschaft ab, welche das Haus Hohenzollern mit dem Hause Wettin verbindet, so habe das preussische und deutsche Volk sich so lange daran gewöhnt, mit dem sächsischen die Festtage seines Herrscherhauses gemeinsam zu begehen, daß auch heute alle patriotischen deutschen Herzen dem König Albert die wärmsten und aufrichtigsten Wünsche für sein ferneres Leben wünschen.“

— Berlin. Sr. Maj. der Kaiser hat, wie wir hören, in Karlsruhe den eingehenden Vortrag des Chefs des Militärkabinetts General v. Hahnle in Sachen der Duellfrage auf Grund eines Berichtes des Generalmajors von Bissing entgegengenommen. General von Bissing hat bekanntlich bei dem Duell Ruge-Schrader als Sekundant des Herrn von Schrader fungirt. Die Entscheidung des Monarchen, welche dieser nach dem Rathe des Großherzogs von Baden getroffen haben soll, beschäftigte die am Sonnabend Abend im Reichskanzlerpalais abgehaltene Sitzung des Staatsministeriums. Wie verlautet, bezieht sich dieselbe auf Disziplinar-mittel und Neugestaltung der Funktionen der Offizier-Ehrenräthe einerseits, sowie andererseits auf Direktiven, mit welchen sich eventuell die gesetzgebenden Körperschaften in der Folgezeit zu beschäftigen haben werden. General v. Hahnle hatte sich bekanntlich am 13. dieses zu Sr. Maj. dem Kaiser nach Wien begeben.

— Berlin. Die „Vossische Zeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel „Vom grünen Tisch“ mit den ungläublichen Vorkäufen, die von der Reichskommission für Arbeiterstatistik bezüglich des Labenschlusses gemacht worden sind, sowie mit dem vor einigen Tagen mitgetheilten Entwurf einer Verordnung des Bundesraths über den Betrieb von Buchdruckereien, die gleichfalls eine bisher unerhörte Reglementierung dieses Gewerbes in Aussicht nimmt. Mit Recht sagt die „Voss. Ztg.“: „... Diese Entwürfe über den Labenschluß und über den Druckereibetrieb sind Zeichen der Zeit. Sie sind Ausläufer des Bevormundungssystems, das jetzt schon anderthalb Jahrzehnte seine Wüthen treibt. Ueberall wird kommandirt, dekretirt, reglementirt. Alles wird vom grünen Tisch aus geordnet. ... Es war einmal ein preussischer Staatsmann, der hieß Freiherr von Stein und schrieb, man müsse die Nation zu selbstständiger, verantwortlicher Arbeit aufrufen und ihr dadurch das Selbstvertrauen, den Muth und die Opferfreude der lebendigen Vaterlandsliebe erwecken. „Ich glaube, daß es wichtig ist, die Fesseln zu brechen, wodurch die Bureaukratie den Aufschwung der menschlichen Fähigkeiten hindert. Die Nation muß daran gewöhnt werden, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus diesem Zustande der Kindheit herauszutreten, worin eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten möchte.“ ... Die Vorschläge über den Labenschluß und den Druckereibetrieb sind nur Beispiele der heutigen Verwaltungsgattung. Man könnte noch zahlreiche andere Thatsachen anführen, um zu zeigen, wie allenthalben eine ewig dienstfertige Regierung das Volk leiten und beglücken will, mit der peinlichsten Sonntagstruhe wie mit der Polizeistunde für die Kneipen, mit der Theaterzensur und mit der Abperrung von Straßen, mit Anordnungen über Firmenschilder und Schließung von Vereinen. Das Bevormundungssystem hat allgemach seinen Gipfel erreicht. Ob wir endlich auf einen Umschwung hoffen dürfen? Je mehr Bevormundung, desto mehr Unzufriedenheit. Je eifriger die Beglückungssucht, um so stärker die Umsturzbewegung.“

— Zur Bewegung gegen den allgemeinen Labenschluß erbät die „N. A. Z.“ aus einer wärschen Mittelstadt folgende Darlegungen, von denen ausdrücklich hervorzuheben wird, daß sie den Ansichten des dortigen Vereins zur Wahrung der kaufmännischen Interessen und den thatsächlichen Verhältnissen genau entsprechen: „Der obligatorische Schluß der kaufmännischen Geschäfte Abends 8 Uhr verbietet sich eigentlich von selbst, wenn man bedenkt, daß nicht nur in großen Städten, sondern auch in kleineren und kleinen, die Industrie oder einen lebhaften Verkehr haben, der Abendverkehr ein starker ist. Die Leute kommen um 7 oder gar erst um 8 Uhr von ihren Arbeitsstellen und können Einkäufe dann nicht mehr besorgen. Auch in Bürgerfamilien, Gasthäusern u. s. w. stellen sich in den Abendstunden oft noch Bedürfnisse ein, die gedeckt werden müssen. Noch größer aber

sind die Bedenken, die in moralischer Hinsicht für den Handelsstand selbst erheben. In den mittleren und kleinen Städten ist der junge Mann meistens in dem Hause seines Chefs stationirt, d. h. er ist und wohnt beim Prinzipal, wird auch meist wie zur Familie gehörig gehalten und untersteht, wie diese, dem Einfluß und der Controle des gemeinsamen Oberhauptes. Dies ist von großer Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in den Geschäften fast allgemein offene Kassen bestehen, der junge Mann Waaren und Gelder empfängt und verabfolgt, überhaupt ein Vertrauen genießt, wie in seinem andern Stande. In diesen Geschäften werden Haus- und Geschäftsräume um 9 oder 10 Uhr geschlossen und um diese Zeit geht alles zur Ruhe. Wenn nun der junge Mann außer dem Sonntag noch sechs Abende in der Woche frei bekäme, würde er Unterhaltungen in Restaurationen und Vereinen aufsuchen, und der Chef würde, um nicht kleinlich zu erscheinen, genöthigt sein, so viel Haus-schlüssel zu verabfolgen, wie er junge Leute hat. Die allbewährte Hausordnung der Handelshäuser, dieses Bollwerk gegen Ausschreitungen, würde fallen und die Disziplin gelockert werden. Jedenfalls muß es schwere Bedenken erregen, wenn für das Alter, wo der Mensch am leichtesten zu Ausschreitungen neigt, Zeit und Gelegenheiten zu Genuß und Geldausgaben vermehrt und dagegen die allerproben Ordnungen und Controllen für eine ernst-sittliche Lebensziehung beseitigt werden.“

— Frankreich. Bourgeois hat dem Präsidenten Faure über das neue Zerwürfniß mit dem Senat, der die Madagaskarcredite abgelehnt hat, Bericht erstattet und demselben zugleich Namens des Gesamtministeriums um Entlassung gebeten. Der Pariser Stadtrath nahm nach lebhafter Debatte mit 38 Stimmen einen Beschluß an, in welchem dem Bedauern über den Rücktritt des Kabinetts Bourgeois Ausdruck gegeben und eine Revision der Verfassung verlangt wird, um das allgemeine Stimmrecht gegen den Senat zu schärfen. — Einen angenehmen Vorgesicht hat dem Präsidenten Faure über das neue Zerwürfniß mit dem Senat, der die Madagaskarcredite abgelehnt hat, Bericht erstattet und demselben zugleich Namens des Gesamtministeriums um Entlassung gebeten. Der Pariser Stadtrath nahm nach lebhafter Debatte mit 38 Stimmen einen Beschluß an, in welchem dem Bedauern über den Rücktritt des Kabinetts Bourgeois Ausdruck gegeben und eine Revision der Verfassung verlangt wird, um das allgemeine Stimmrecht gegen den Senat zu schärfen.

— Rußland. Wegen der Zarenkrönung in Moskau ist in Rußland verstärkte polizeiliche Beobachtung angeordnet worden. Wie die „Köln. Ztg.“ hört, soll in Petersburg eine Warnung einer europäischen Großmacht eingetroffen sein, die bestimmte Anhaltspunkte dafür besitze, daß russische Nihilisten in Genf einen terroristischen Anschlag für die Krönungszeit geplant hätten, unter anderm wurde in der Warnung auch eine Frau, Ruffin, als besonders thätig unter den Genfer Nihilisten namhaft gemacht.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 24. April. Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät unseres allverehrten Königs Albert wurde auch in diesem Jahre wieder durch Zapfenstreich und Bedruf eingeleitet. Vormittags 10 Uhr fand in der Turnhalle Festactus der Bürgerschulen statt. Mittags 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vereinigte sich eine größere Anzahl hiesiger und auswärtiger Herren im Saale des Rathhauses zu einem Festmahle, bei welchem Hr. Bürgermeister Hesse den Trinkspruch auf Se. Majestät ausbrachte; auch wurde von den Berjammelten ein Glückwunschtelegramm an König Albert abgesandt. Die freiwillige Turner-Feuerwehr feierte den Geburtstag des Landesherrn im Saale des Feldschlösschens durch Concert, Theater und Tänzen, während die Gesellschaft „Union“ eine gleichartige Feier bereits am Abend vorher in ihren Gesellschaftsräumen abhielt. Der Militär-Verein, welcher auch ein Glückwunsch-Telegramm an Se. Majestät abgesandt hatte, wird als Nachfeier von Königsgeburtstag am Sonntag Concert und Ball abhalten. Die öffentlichen und viele Privatgebäude trugen zur Feier des Tages Flaggenschmuck. Das Wetter, welches Tags vorher so freundlich sich gestaltete, hatte gestern leider wieder umgeschlagen und zeigt uns heute wieder ein echt winterliches Bild.

— Eibenstock. Diejenigen jungen Leute, die bisher in der kaufmännischen Fortbildungsschule die Gabelberger'sche